



Bis zu 56.000 Jobs in Oberösterreich gefährdet

Wiener Zeitung/Gesamt | Seite 9 | 23. Juni 2022
Auflage: 23.000 | Reichweite: 66.700
Artikel gleichlautend erschienen in allen Ausgaben.
Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Bis zu 56.000 Jobs in Oberösterreich gefährdet

Ein Lieferstopp bei Gas aus Russland würde das Industrie-Bundesland Nummer eins hart treffen.

Linz. Ein Gasembargo oder -Lieferstopp könnte in Oberösterreich zwischen gut 31.000 und 56.000 Menschen den Job kosten und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 3,4 Prozent bis 6,6 Prozent drücken. Das hat der Volkswirtschaftler Friedrich Schneider im Auftrag der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) errechnet.

Es sei seine „mit Abstand schwierigste Studie in 40 Jahren gewesen“, schickte Schneider bei der Präsentation am Mittwoch voraus, es gebe viele Unwägbarkeiten. Die Annahme des Volkswirtschaftlers: Es fließt mit Anfang Juli 2022 kein Gas aus Russland mehr, und von den bisher aus Gas gewonnenen 21,51 TWh fallen damit 15,71 TWh weg.

Angelehnt an eine deutsche Studie nimmt Schneider an, dass die erdgasintensive Industrie in rund einem Fünftel ihrer Produktionsprozesse Erdgas durch alternative Energieträger ersetzen kann. Darauf aufbauend hat Schneider eine optimistische und eine pessimistische Variante für die auf den Gasstopp folgenden zwölf Monate berechnet. Welches Szenario wahrscheinlicher ist, sei derzeit nicht abschätzbar, meinte er. Ob es sich um ein Embargo der EU oder einen Lieferstopp vonseiten Russlands handelt, würde bei den Auswirkungen keinen Unterschied machen.

In seiner pessimistischen Variante nimmt Schneider an, dass maximal ein Zehntel des Ausfalls

durch Speichervorräte substituiert und kaum Gas aus dem Ausland zugekauft werden kann, sowie dass die privaten Haushalte keine Einsparungen vornehmen.

12 Prozent der Beschäftigten könnten ihren Job verlieren

Unterm Strich würden von dem in Oberösterreich für Industrie, Gewerbe und private Haushalte benötigten Gas dann 58 Prozent abgehen. Die Folge wäre laut Schneiders Berechnungen ein BIP-Rückgang um 6,5 Prozentpunkte, die Zahlen von 2020 zugrundegelegt würde das einen Rückgang von 65,24 Milliarden auf 61 Milliarden Euro bedeuten. 56.000 Menschen – knapp 12 Prozent der unselbstständig Beschäf-

tigten – in Oberösterreich würden ihren Job verlieren.

In seiner optimistischen Variante setzt Schneider voraus, dass etwa 30 Prozent des Gasausfalls substituiert werden können, und dass die Privathaushalte 10 Prozent einsparen. Damit würden „nur“ 23 Prozent der benötigten Menge fehlen. Das würde zu einem BIP-Rückgang von 3,41 Prozentpunkten führen. 31.620 Arbeitnehmer (6,27 Prozent) würden ihren Job verlieren.

In beiden Szenarien würden rund 51 Prozent des BIP-Rückgangs zulasten von Industrie, produzierendem Gewerbe, Bauwesen, Energieversorgung sowie Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz gehen. 47 Prozent der zu-

sätzlichen Arbeitslosigkeit betreffe Industrie, Gewerbe und Handwerk, 53 Prozent würden sich relativ gleichmäßig auf die Sparten Handel, Banken und Versicherungen, Transport und Verkehr, Tourismus und Information verteilen. Dass der Arbeitskräftemangel den Wegfall von Jobs zumindest teilweise ausgleichen könnte, sei nicht anzunehmen.

Ein Umlegen der Zahlen auf ganz Österreich und die gesamte EU sei schwierig, so Schneider. In einer „Grobschätzung“ kommt er auf einen BIP-Rückgang von 6 Prozent und 130.000 zusätzliche Arbeitslose in Österreich, EU-weit auf 1 bis 2 Prozent BIP-Rückgang und 1,5 Millionen verlorene Jobs. ■